

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Wilhelm Benz

BLICKPUNKT Nr. 02

März 2013

Jahrgang 42

Mehr Demokratie wagen

Ein unbefriedigender Teilerfolg

DKP Heidenheim: „Einsichtnahme und Einwendungen zu den Haushaltsplänen auch zukünftig möglich“

Es war für die DKP-Heidenheim ein überraschender Teilerfolg. Die Kommunisten in Heidenheim, bekannt für ihren hartnäckigen Einsatz für mehr demokratische Rechte für die Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Stadtverwaltung. Mit ihrem Kampf für Mitbestimmung und Gläserne Taschen gegenüber den Stadtwerken Heidenheim AG standen die Heidenheimer Kommunisten immer auf der Seite der arbeitenden Bevölkerung. Für soziale und demokratische Rechte.

Ein unbefriedigender Teilerfolg

Alle Bemühungen, zuletzt in der Staatskanzlei der Grün/Roten Landesregierung und bei SPD-MdL und Kultusminister Stoch, den von der Alt-CDU-Mappus-Landesregierung verschlechterten §81- Einwendungen beim Erlass einer Haushaltssatzung- Gemeindeordnung von Ba.-Wü. wieder in den alten Stand zu versetzen, scheiterten. Eine, vom Kommunalpolitischen Arbeitskreis der DKP erarbeitete und von DKP Stadtrat Püschel im Gemeinderat beantragte „Einwohnerbeteiligungs-Satzung“ brachte wenigstens in Heidenheim den Durchbruch.

Radfahrstreifen: VCD hat recht !

Zusammenarbeit mit VCD nicht aufkündigen

„Gar nicht bauen wäre besser“ hatte der VCD-Kreisverband in einer Presseerklärung (HZ 25.02.13) kritisiert. In vielen Gesprächen erfuhr ich seitens der Bevölkerung Zustimmung zu dieser Aussage.

Zur Vorgeschichte: In einer Sitzung des Technik- und Umweltausschusses wurde über einen Ausbau eines Radweges zwischen Brenzbrücke beim Piltz-Areal und dem Pressehaus diskutiert. Nachdem die Stadtverwaltung den Gemeinderäten mitteilte, dass Zu-

Ohne die beantragte Einwohnerbeteiligungssatzung dem Gemeinderat zur Abstimmung vorzulegen entschied die Stadtverwaltung: **„Trotz Abschaffung der Vorschrift gewährt die Verwaltung aber auch weiterhin auf Wunsch ihren Bürgern die Möglichkeit, den Haushaltsplanentwurf einzusehen. Auch Anregungen und Anträge von „sonstigen Antragstellern“ werden weiterhin angenommen und dem zuständigen Gremium (-Gemeinderat- Anm. d.Red.) zur Beratung vorgelegt“**

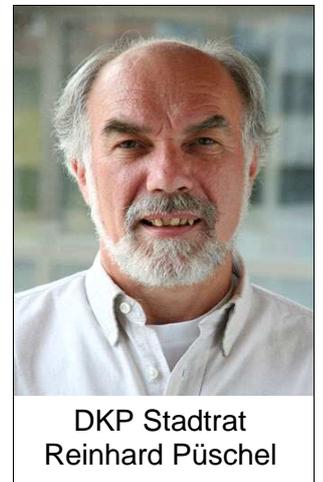
Ein unbefriedigender Teilerfolg deshalb, weil die Umstände der Einsichtnahme, z.B. eine vorübergehende Aushändigung des Haushaltsplanentwurfs, somit nicht geregelt sind.

Stadtrat Reinhard Püschel hat dazu einen weiteren Klärungsvorstoß unternommen.



schüsse nur für ihren Planansatz zur Verfügung stehen würden haben wir dem Plan zugestimmt. Meinen Wortmeldungen, den Plänen (Radfahrstreifen auf Fahrbahn, problematischer Übergang der B 466) des VCD Beachtung zu schenken wurde nicht gefolgt. Vielmehr empörte sich die Stadtverwaltung gegenüber der Aussage des VCD und forderte die Beendigung der Zusammenarbeit mit diesem. Diese Empörung habe ich anders lautender Pressemitteilung nicht mitgetragen.

Eine Kündigung der Zusammenarbeit ist und bleibt unverantwortlich.



DKP Stadtrat
Reinhard Püschel

DKP-Stadtrat Reinhard Püschel:

„Waldrodung, ein Frevel an der Natur!“

Warum konnte der Baumfalke nicht gesichtet werden?

Der hartnäckige Widerstand der Anwohner und 1100 Unterschriften hatten bisher dafür gesorgt, dass der Bebauungsplan Hirschpfad/Fuchssteige 8 Jahre lang nicht umgesetzt werden konnte. Jetzt, hat der Technik- und Umweltausschuss des Gemeinderats (TU) am 21.2.13 auf Verlangen der Stadtverwaltung dem Bebauungsplan mit der Begründung „Der Baumfalke ist weg“ (HZ 21.2.13) zugestimmt. Während Grüne, CDU, SPD und Freie Wähler die Bebauung ausdrücklich begrüßten, bat DKP-Stadtrat Reinhard Püschel darum, den Tagesordnungspunkt abzusetzen um den Sachverhalt zu prüfen. Grund dafür war, dass ihm ein Bewohner der Fuchssteige mitteilte, dass er den Baumfalken gesehen und fotografiert habe. Irritierend für Püschel war, dass ein Gutachter im Auftrag der Stadt viele Monate den Baumfalken suchte und die Suche zu dem Zeitpunkt abbrach (Mitte 2012) als der Bewohner diesen Baumfalken fotografierte. Unverständlich ist, dass der TU nur eine beratende Funktion hatte und der Gemeinderat in seiner Sitzung am 28.2.13 den endgültigen Beschluss fassen durfte. **Die Waldrodung fand vier Tage vorher statt!** In dieser Sitzung des Gemeinderats kritisierte Stadtrat Püschel die Herangehensweise der Stadtverwaltung und des Gemeinderats wegen ihrer Hast wie die Baumfällaktion

umgesetzt wurde. Wie auch immer, hätte der Gutachter den Baumfalken entdeckt, würde das Waldstück mit großer Sicherheit heute noch stehen. Püschel legte im Gemeinderat nochmals klar, dass das Waldstück an der Fuchssteige im EU-Vogelschutzgebiet liege und dass der Baumfalke ein besonders geschützter Vogel sei. Auch kritisierte er, wie sich die Stadtverwaltung gegenüber den zuständigen Behörden durchsetzte und Sachverhalte für sich ausnützte. „Diese ganze Angelegenheit ist für mich umstritten, fragwürdig und unglaublich“, meinte der DKP-Stadtrat am Ende seiner Ausführungen. Dass die Gemeinderatsfraktionen von CDU, SPD und Freie Wähler dem Bebauungsplan, also der Abholzung des Waldstücks zustimmen würden war klar. Aber dass auch die Grünen diesem Frevel an der Natur ihren Segen gaben ist für viele Bürger unverständlich.



Stadtverwaltung und Gemeinderatsmehrheit in einem Boot gegen gegen Landschafts- u. Vogelschutz

Schon einmal hatte ein Gutachter im Auftrag der Stadtverwaltung feststellen müssen, dass es keinen Baumfalken gebe. (HNP 23.8.2008) Die angeordneten Waldeingriffe mussten aber kurzerhand zurückgenommen werden.



(Bilder aufgenommen im Juni 2012)

Bundeswehr an Schulen

Kein werben für's Sterben

DKP Stadtrat Püschel initiiert Antrag Die Linke/DKP

Allen Humanisten und allen friedliebenden Menschen in unserer Stadt muss es schon schwindelig werden, über die Geschwindigkeit, die unser „Verteidigungs“minister de Maizère bei seinen Besuchen der SoldatenInnen in aller Welt bei ihren Kriegseinsätzen vorgelegt hat. Er versteht sich anscheinend als „Friedensengel“. Aber weit gefehlt. Soldatenromantik scheint wichtig, um im Innern genügend jugendliches „Kanonenfutter“ zu rekrutieren. Es war das Motiv, das Stadtrat Püschel veranlasste einen gemeinsamen Antrag der Fraktion Die Linke/DKP zu formulieren: „Wir meinen, vor allem die politische Bildung gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren. Die Schule ist kein Ort für Rekrutierung von Berufssoldatinnen und -soldaten. Wir wollen nicht, dass unsere jungen Menschen für einen Krieg gegen andere Völker rekrutiert werden“, so DKP Stadtrat Püschel in seinem Fraktions-Antrag.

„Die Heidenheimer Stadtverwaltung und der Gemeinderat werden beauftragt, in Absprache mit den Schulleitern, dafür zu sorgen, dass die Bundeswehr keine Werbung an Heidenheimer Schulen veranstaltet“



Fraktionsantrag im Kultur/Sozial/ Schul/ und Sportausschuss abgewiesen

Anträge an den Gemeinderat werden, so OB Ilg will, nicht zur Beratung und zur Abstimmung gestellt. Eine Stellungnahme der Verwaltung im Ausschuss, dass die Themen wie „Außen- und Sicherheitspolitik“ oder „Auftrag u. Aufgaben der Bundeswehr“ in den Bildungsplänen Gemeinschaftskunde und Geschichte verankert seien und dazu gelegentlich auch Jungoffiziere der Bundeswehr als Fachleute geladen sind, scheint ausreichend, einen offiziellen Fraktions-Antrag abzuweisen. Abzuweisen auch deshalb, weil weder Stadtverwaltung noch Gemeinderat berechtigt seien, in die inneren Angelegenheiten der Schule einzugreifen. Ein Jugendoffizier oder ein Herr Oberst a.D Kiewetter, die die neuen „Verteidigungs“politischen Richtlinien der Bundeswehr, nach den Prämissen aus unserer Landesverfassung, „...die zur christlichen Nächstenliebe, zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe...“, auffordert, erklären will, erfordert einen gewaltigen pädagogischen Spagat.

Das Thema Schule/Bundeswehr bleibt für die DKP auf der kommunalen Agenda. Denn die in aller Welt geplanten Kriegseinsätze der Bundeswehr sind Grund genug, sich gegen die in Schulen, Arbeitsämtern und Universitäten vom „Verteidigungs“minister de Maizère geforderte Praxis der Rekrutierung Jugendlicher einzusetzen.



Frieden schaffen ohne Waffen



Ein LKW mit 25 Meter Länge der waagrecht nicht auf die Seite passt. Die Grünen aber loben seinen Einsatz

GIENGEN. Bundesweit sind sie noch im Versuch, im Land dürfen sie noch gar nicht fahren. Dennoch lässt das Gienger BSH-Hausgerätewerk schon jetzt seine Waren mit Lang-Lkw transportieren. Dafür gab es jetzt Lob von den Landtags-Grünen denn der Versuch zeigt deutliche Schadstoffeinsparungen. (HZ 01.03.2013)

Aber was steht denn im Grünen/SPD-Koalitionsvertrag?

Damit unser Land nicht im Dauerstau erstickt, werden wir einen aktiven Beitrag zur Verlagerung des Mittel- und Langstreckengüterverkehrs weg von der Strasse leisten. Unnötige Transporte sollen vermieden werden. Unser Ziel ist, den Schienengüterverkehr im Land zu stärken. Wir wollen den Kombiverkehr und insbesondere die Ansiedlung von dezentralen Umschlagsanlagen fördern, um Spediteuren den Umstieg auf Schiene und Binnenschiff zu ermöglichen.

Die Einführung überlanger LKW steht diesem Ziel entgegen. Deshalb werden wir uns nicht an dem Modellversuch der Bundesregierung beteiligen. Gegenüber dem Bund werden wir uns für angemessene kostenorientierte LKW-Mautsätze einsetzen. Auf zweistreifigen Autobahnen wollen wir ein Überholverbot für LKW umsetzen. Wir werden mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen Initiativen der Kommunen unterstützen, den Mautausweichverkehr zurückzudrängen. Wir wollen dafür sorgen, dass bei von der öffentlichen Hand in Auftrag gegebenen Transporten (z.B. Müll oder Baulogistik) verstärkt Schienenlösungen gesucht werden.

Sind Gemeinderat Sautter und Bundestagskandidatin Stump als „Grüne“ noch glaubwürdig?

Die LKW- und Feinstaubzunahme in Heidenheim ist skandalös.



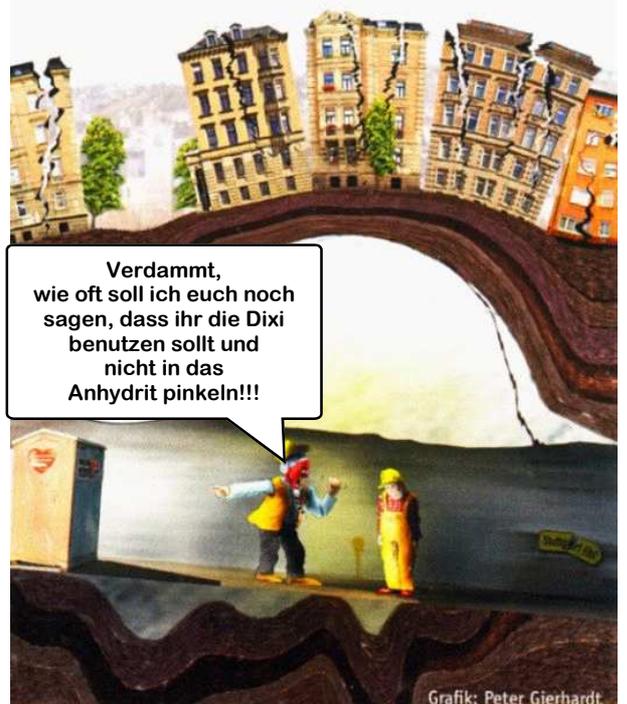
Stuttgart 21

„Achtung, dieser Gipskörper kann Anhydrit enthalten! Bitte beachten Sie die Packungsbeilage oder fragen Sie in Staufen im Breisgau nach.“

Nichts ist an Gefahren für Menschen, Tiere und Umwelt beim Bau des Milliardenprojekts ausgeschlossen.

Die Befürworter unter ihnen die Promis in Heidenheim wie z.B. OB Ilg, Riguzzi (Hartmann), Lienhard u. Rogowski (VOITH), Amtsleiter der Stadt HDH, Gemeinderäte und Mitg. des Landtags der SPD u. CDU, können wohl bei Schäden für die Allgemeinheit politisch nicht mehr verantwortlich gemacht werden. Moralisch ist und bleibt es verwerflich, die Gefahren nicht anzuerkennen.

Neulich in den Tiefen der Stuttgarter Halbhöhenlage



Grafik: Peter Gierhardt



Foto: Archiv
Länge läuft: Im Rahmen eines bundesweiten Feldversuchs setzen die BSH in Giengen und die Spedition Schwarz schon heute die 25 Meter langen Lang-Lkw ein.

Antifaschismus

- **München:** Für den am 17. April 2013 anlaufenden Prozesses gegen Beate Zschäpe und mehrere Unterstützer des Terrornetzwerkes NSU ruft ein breites antifaschistisches Bündnis zu einer bundesweiten Großdemonstration in München auf. Darin werden neben der schonungslosen Aufklärung der Verstrickung von Geheimdiensten und Polizeibehörden die Abschaffung des Verfassungsschutzes, neue Ermittlungen zur Aufklärung des Attentats beim Münchener Oktoberfest 1980 und die Abschaffung aller rassistischen Gesetze gefordert.

Neonazi-Aktivitäten

- **Würzburg:** Am 1. Mai soll in Würzburg eine weitere Neonazidemo stattfinden, das wäre dann die fünfte bisher bekannt gewordene rechtsextreme Veranstaltung zum "Tag der Arbeit" in diesem Jahr. In W. wirbt dafür das NPD-kritische Netzwerk Freies Netz Süd (FNS) unter der Losung "Arm trotz Arbeit - Kapitalismus zerschlagen!" Organisator ist Norman Kempke aus Nürnberg, einer der führenden Vertreter des FNS.

- **Döbeln:** Der Staatsminister des Innern für Sachsen, Ulbig, hat die Vereinigung "Nationale Sozialisten Döbeln" (NSD) am 18. Februar 2013 auf Grundlage §3 des Vereinsgesetzes verboten. Es erfolgten Durchsuchungs- und Beschlagnahmemaßnahmen gegen führende Mitglieder. Die Begründung: mit der Verwendung nationalsozialistischer Begriffe und Symbole durch den Verein, dessen Bekenntnis zur NSDAP und ihren Führern. Außerdem wird auf die Beteiligung an den Aufmärschen der sogenannten Volkstodbewegung ("Die Unsterblichen") verwiesen, wo Demokraten und die demokratische Staatsform verächtlich gemacht werden, auf ihre rassistische Propaganda und auf das Bestreben, die verfassungsmäßige Ordnung in kämpferisch-aktiver Weise zu überwinden.



Gegen den Nazi-Aufmarsch in Göppingen am 06.10.2012

 **stermarsch 2013:**

Zukunft braucht Frieden! Schluß mit der Kriegspolitik!



Stuttgart

Karsamstag, 30. März 2013

13 Uhr Lautenschlagerstr. (gegenüber Hbf),
ca. 14.30 Uhr Kundgebung Schloßplatz

Die DKP Baden-Württemberg ruft ihre Mitglieder zur Teilnahme am landesweiten Ostermarsch auf, in Stuttgart teilzunehmen.

Spende!

Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung
**BLICKPUNKT, TURBINE, Handzettel und
andere Publikationen kosten Geld**
Auch kleine Spendenbeiträge sind willkommen

DKP Heidenheim
Spendenkonto 413903 BLZ 632 500 30
Kreissparkasse Heidenheim

Vielen Dank!

Wer die Welt verändern will, muss sie erkennen. Wer sich befreien will, braucht Genossinnen und Genossen. Wer Kraft entfalten will, muss sich organisieren. Wer ein freies, menschliches Leben erringen, die Zukunft gewinnen will, muss kämpfen.

Die Deutsche Kommunistische Partei hat sich nicht ihrer selbst willen gebildet. Sie wirkt mit der Arbeiterklasse und in der Arbeiterklasse für die Zukunftsinteressen der Menschheit.
Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit, Frieden und Sozialismus - dafür kämpft die Deutsche Kommunistische Partei.

Ich möchte 

mehr Infos über die DKP

Name, Vorname

UNSERE ZEIT - die Zeitung der DKP - kennenlernen

Kontakt zur DKP in meiner Nähe

Straße, Hausnummer

Mitglied der DKP werden

PLZ, Ort

Einsenden an: **DKP Heidenheim**
Reinhard Püschel,
Friedenstraße 8
89522 Heidenheim

Telefon: (07321) 92 42 06
Fax: (07321) 92 42 06
E-Mail: pueschel-reinhard@t-online.de

E-Mail-Adresse

Sonstige Informationen an die DKP:

Informationen der DKP an Infoständen und bei DKP Stadtrat Reinhard Püschel